

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukunft des GBW-Wohnungsbestandes

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Verhandlungen über den Verkauf der GBW AG durch die BayernLB die vertraglichen Voraussetzungen dafür zu schaffen,

1. dass sich der Freistaat Bayern mit einem nennenswerten Anteil an dem Konsortium zur Übernahme der GBW-Wohnungen beteiligen kann,
2. dass den Kommunen, die die Wohnungen in ihren Gebietskörperschaften vorab selbst erwerben wollen, dies zu einem fairen Preis ermöglicht wird.

Begründung:

Viele der Kommunen mit GBW-Wohnungen haben Haushalte mit Auflagen, viele Kommunen sind nicht in der Lage, eigene Haushaltsmittel oder finanzielle Mittel ihrer Töchter in ausreichendem Umfang für den Kauf bzw. für Zins und Tilgung der GBW-Wohnungen einzusetzen, ohne ihre Handlungsmöglichkeit einzuschränken oder zu verlieren.

Die Versorgung auch finanziell weniger betuchter Bevölkerungsgruppen mit ausreichendem Wohnraum ist Aufgabe des Freistaats wie der jeweiligen Kommunen. Die GBW-Problemlage ist durch den Freistaat verursacht, der Freistaat soll sich auch maßgeblich an der Lösung beteiligen.